

Beschlussauszug

aus der
16. Sitzung der Gemeindevertretung Breesen
vom 25.05.2023

Top 2 Einwohnerfragestunde

Antrag von Herrn Genditzki für eine dreiminütige Redezeit wird einstimmig stattgegeben:
Herr Genditzki spricht zu den Bürgern und erwähnt mehrmals wie erbost er über die „Falschinformationen“ der Infozettel ist! Er spricht auch deutlich aus, dass er vor hatte, sich rechtlichen Beistand zu nehmen, um gegen diese Sache vor zu gehen. Dies aber nicht getan hat, weil er von seiner Ehefrau davon abgehalten wurde!

Herr Genditzki verweist auch auf die Informationsveranstaltung „Bau Umspannwerk“ als er sein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt hat, um in der Bürgerinitiative mitzuwirken.

Herr Genditzki wünscht keine Informationszettel mit Falschinformationen!
Der vernünftige Umgang untereinander sollte während der Gemeindevertretersitzung gewahrt werden.

Zum Schluss plädiert Herr Genditzki nochmals an die Gemeindevertreter: „sie sollen alle daran denken, dass sie einen Eid auf die Kommunalverfassung geschworen haben „.

Einwohnerantrag wird durch Herrn Plitt vorgelegt und vorgelesen.
(Anlage zum Protokoll)

Herr Niedzwetzki stellt sich vor (Agrargesellschaft Antragsteller PV-Anlagen) und erklärt kurz den Ablauf des Bauleitverfahrens.

Die Gemeindevertreter und auch Herr Niedzwetzki teilen den Anwesenden mit, dass die Möglichkeit besteht, Anfragen in schriftlicher Form bei der Gemeinde einzureichen.

Auftrag an die Verwaltung:
Prüfung PV-Anlagen auf Gemeindehäuser.

F. d. R. d. A.

Sitzungsdienst

Altentreptow,

An den Fachbereich zur Kenntnis und Erledigung.

Ellgoth
Die Bürgermeisterin
der geschäftsführenden Gemeinde

Einwohnerantrag

Torsten Plitt, Dorfstr.33, 17091 Breesen// Sandra Dahlke-Görs,Dorfstr.36b,17091 Breesen // Peggy Römer, Pinnow5, 17091 Breesen-Pinnow

Betreff: Flächen-Photovoltaikanlagen um die Gemeinde Breesen

Breesen, den 25.5.2023

Ich, Torsten Plitt, Bürger von Breesen, stehe mit beiden Beinen auf dem Fundament unseres Grundgesetzes. Dieses ist die Basis unseres demokratischen Miteinanders. Nur im demokratischen Wahlrecht, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, Trennung von Staat und Kirche sehe ich eine Zukunft die wir mitgestalten können.

Unsere Unterschriftensammlung hatte zum Ziel, die Stimmung bezüglich der in Planung befindlichen Flächen-Photovoltaikanlagen um die Gemeinde Breesen zu erfassen. Wir haben über 200 Unterschriften gesammelt, welche sich gegen die Solarparks wenden. Diese Unterschriftensammlung sehen wir als Unterstützung der Bürger der Gemeinde Breesen um einen Einwohnerantrag zu formulieren.

Einwohnerantrag:

Wir, die Bürger der Gemeinde Breesen lehnen die Errichtung von Flächen-Photovoltaikanlagen um die Gemeinde Breesen ab.

1.Ökologischer Grund:

Die geplanten Flächen-Photovoltaikanlagen werden großräumig eingezäunt. Für Mensch und Wildtier wird dann kein Zugang mehr auf diesen Flächen möglich sein. Jäger, Wanderer und Wildtiere bleibt der Zugang verwehrt.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat bisher keine Studien vorgelegt, welche die Behauptung widerlegen, dass die Temperaturen über den Flächen-Photovoltaikanlagen um mindestens 2 Grad höher sind (Messungen zeigen weit höhere Werte), als ohne die Solarparks. Dieses würde den angestrebten Klimazielen der Bundesregierung entgegenstehen, die ja die Temperaturerhöhung und damit die CO2 Belastung begrenzen will. Der Effekt auf den Solarparkflächen ist ein ähnlicher, wie in den Großstädten im Sommer auftritt, diese heizen sich überproportional auf. Eine Verwüstung unserer Landschaft wird die Folge sein. Diese Flächen werden dann über Jahrzehnte nicht mehr der Erzeugung von Nahrung für die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

2.Politischer Grund:

Kulturlandschaft wird ohne Wertausgleich für die Anwohner in eine Industrielandschaft umgewandelt.

Wir fordern ein Verbot von Flächen-Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen. Mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in Form von Flächen-Photovoltaikanlagen sinkt die Lebensqualität der Anwohner der Gemeinde Breesen. Die von der Politik versprochenen Arbeitsplätze bei Erneuerbaren Energien bleiben auf dem Lande aus, schlimmer noch, die Landbevölkerung ist der alleinige Verlierer der Energiewende. Photovoltaikparks nehmen große Flächen in Anspruch, die ehemals der Ernährung unserer Bevölkerung dienten. Für diese verbauten Ackerflächen werden keine Arbeitskräfte mehr benötigt. Die wenigen Arbeitsplätze auf dem Lande werden nun noch weniger. Frustration und Abwanderung werden folgen. Die politischen Folgen sind eine Spaltung der Gesellschaft, in einige wenige Gewinner, die Großbauern und viele Verlierer, die Anwohner. Frust-Parteien werden sich dies Stimmung zunutze machen.

3.Wirtschaftlicher Grund:

Wir fordern ein Verbot von Flächen-Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen, weil diese der Ernährung der Bevölkerung dienen müssen. Ernährungssicherheit ist Daseinsvorsorge. Photovoltaik kann auf Dächern in den Städten und an der Autobahn A 20 installiert werden.

Je höher der Grad der Industrialisierung durch Windparks und Flächen-Photovoltaikanlagen, desto mehr sinkt die Lebensqualität der Anwohner und damit auch der Wert der Immobilien der angrenzenden Anwohner, dieser Wertverlust sinkt bis hin zur Unverkäuflichkeit und damit Totalverlust. **Die Anwohner werden sich zusammenschließen und Schadensersatzklagen gegen die Verursacher, die Großbauern und die Gemeinde Breesen durchsetzen.**

Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat im Jahre 2022 im Juni den Antrag für eine Flächen-Photovoltaikanlage auf den Tisch bekommen hat. Laut Aussage des Bürgermeisters Noack in der Bürgersprechstunde am 19.4.2023 wurde bis heute keine Entscheidung im Bezug auf die geplanten Solarparks getroffen.

Nach der Kommunalverfassung hat der Bürgermeister die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde zu unterrichten. **Darüber hinaus enthält die Kommunalverfassung eine Vorschrift, wonach die Einwohnerinnen und Einwohner bei wichtigen Planungen und Vorhaben frühzeitig informiert werden sollen.** Den Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Hier wird die Grundphilosophie demokratischer Kommunalpolitik erkennbar: nicht im stillen Kämmerlein einsame Beschlüsse zu fassen, sondern die Öffentlichkeit möglichst früh mit einzubinden.

Das eigentliche Problem unserer Gemeinde ist, die unzureichende Informationspolitik. Es existiert nur ein ungepflegter Schaukasten, in den Wintermonaten ist diesem kaum eine Information zu entnehmen. **An dieser Stelle sollte einmal über andere Informationskanäle nachgedacht werden.**

Folgende Informationen fordern die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Breesen vom Gemeinderat ein:

Was die Bürgerinnen und Bürger bis heute nur spekulativ wissen und daher Fragen aufwirft:

Was hat der Investor genau geplant? Wir wollen die Größe = die Dimensionen der Planungen in den Gemeinden Wildberg, Breesen, Groß Teetzleben erfahren.

Wer hat den Antrag auf die geplanten Flächen-Photovoltaikanlagen gestellt, bzw. wer ist der Investor?

Wohnt der Investor, in M-V und wo? Vor- und Zunahme, Wohnanschrift, Geburtsdatum

Wo sind die Solarparks um die Gemeinde Breesen geplant? (unsere Informationen haben wir nur aus der Nachbargemeinde bekommen, stimmen diese Karten mit den Planungen überein?).

Wann sollen die Flächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden?

Wie groß soll die Kapazität der Photovoltaikanlagen in Kilowattstunden sein?

Welchen Einfluss hat der Investor bisher auf die Gemeinderatsmitglieder genommen (schriftliche und mündliche Angebote usw.) Hat der Gemeinderat von Breesen ausführliche schriftliche Planungen auf dem Tisch, auf dessen Grundlage eine Abstimmung erfolgen kann oder wird hier aufgrund mündlicher Absprachen gehandelt.

Wieviel Geld gedenkt der Investor an die Gemeinde bzw. an die Anwohner für die Immobilienverluste zu zahlen. Die Strompreise an der Börse haben sich verzehnfacht, derzeit liegen diese bei über 50 Cent pro Kilowattstunde.

Deckt der von der Gemeinde Breesen ausgehandelte Betrag, die entstehenden Immobilienverluste ab?

Wir fordern klare verständliche, keine schwammigen Aussagen!

Entscheidet sich der Gemeinderat von Breesen für eine Genehmigung der flächendeckenden Solarparks, dann hat man uns Bürgern mit dem Bürgerbegehren in der Kommunalverfassung M-V ein demokratisches Instrument an die Hand gegeben, welches wir einfordern sollten.

Mit dem Bürgerentscheid und dem Bürgerbegehren erhalten wir zwei wichtige Elemente der unmittelbaren Demokratie: „Wenn eine wichtige Entscheidung in einer Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises zu treffen ist, so kann ein Beschluss der Gemeindevertretung durch einen Beschluss der Bürgerinnen und Bürger ersetzt werden. **Zu einem solchen Bürgerentscheid kommt es entweder durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren oder dadurch, dass die Gemeindevertretung selbst beschließt, dass sie eine bestimmte Entscheidung nicht selbst treffen, sondern auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen möchte.**“ So ist es in der Gemeinde Wildberg geschehen.

Beschließen die Gemeindevertreter im nicht öffentlichen Teil der Gemeindevertretersitzung die Befürwortung der Flächen-Photovoltaikanlagen um die Gemeinde Breesen, dann haben wir als Bürgerinnen und Bürger **sechs Wochen Zeit ein Bürgerbegehren durchzuführen. Der Bürgerentscheid findet nicht statt, wenn die Gemeindevertretung im Sinne des Bürgerbegehrens entscheidet.**

Stimmen die Gemeindevertreter der Gemeinde Breesen über die Planung und Errichtung von der Flächen-Photovoltaikanlagen ab, gilt, dass sie immer offen erfolgen müssen (siehe: Die Arbeit der Gemeindevertretung, S22). Die Wählerinnen und Wähler müssen sehen können, was die Gewählten tun. Bei umstrittenen Entscheidungen von großer Bedeutung werden die Namen der Mitglieder der

Gemeindevertretung verlesen und jedes Mitglied gibt sein Votum ab, das im Protokoll festgehalten wird. Diese Form wird bei umstrittenen Entscheidungen von großer Bedeutung empfohlen. Niemand kann nachher in der Öffentlichkeit behaupten, er habe anders gestimmt, als er es tatsächlich getan hat.

Dem Ziel einer sauberen Kommunalpolitik dienen auch die Regelungen des §24 über Mitwirkungsverbote. **Ein Mitwirkungsverbot gilt von Anfang an.** Wer von ihm in einer Angelegenheit betroffen ist, wird von der gesamten Behandlung dieses Gegenstandes ausgeschlossen. Diese Person darf nicht mitberaten. Selbstverständlich darf die Person nicht mit abstimmen. Wird der Punkt im nicht öffentlichen Sitzungsteil behandelt, darf sie nicht anwesend sein; wird öffentlich beraten darf der befangene Gemeindevertreter bzw. die befangene Gemeindevertreterin im Zuschauerraum sitzen.

Ein solches Mitwirkungsverbot gilt vor allem dann, wenn das Mitglied der Gemeindevertretung oder Angehörige von der Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil haben können. Zu den Angehörigen gehören Ehepartner, Kinder, Eltern, Geschwister u.a.

Wichtig ist, dass das Mitglied der Gemeindevertretung oder das Familienmitglied nicht notwendigerweise tatsächlich einen Vorteil hat, es genügt bereits, dass diese Möglichkeit besteht. (Die Arbeit in der Gemeindevertretung, S.13)

Hat jemand im Gemeinderat von Breesen zukünftig mögliche Vorteile von dieser jetzigen Abstimmung über die Flächenphotovoltaikanlagen um Breesen, dann darf er jetzt nicht mit beraten und nicht mit abstimmen.

Dem Gemeinderat von Breesen sollte bewusst sein, dass es bei dieser Abstimmung nicht nur um die Flächen-Photovoltaikanlagen geht. Mit einer eventuellen Zustimmung treten Sie einen Stein los, der nicht mehr aufzuhalten ist, denn: Den vorhandenen 19 Windkraftanlagen folgen demnächst 2 neue Windkraftanlagen mit einer Höhe von 246 Metern, danach ist der Weg frei für weitere circa 18 Windkraftanlagen, gleichzeitig werden die Flächen-Photovoltaikanlagen errichtet. Habeck macht derzeit den Weg frei, damit auch außerhalb von Ortschaften Gewerbegebiete entstehen können. Das heißt: um Breesen wird es zukünftig so aussehen, wie um Altentreptow, wo derzeit ein sogenanntes „Grünes Gewerbegebiet“ entsteht.

Die Gemeindevertreter von Breesen sollten nicht übereilt handeln, sondern sich dieser Tatsachen bei ihrer Wahl bewusst werden.

Mit dieser Abstimmung über die Flächen-Photovoltaikanlagen, beschließen Sie auch automatisch, die Umwandlung der Kulturlandschaft um Breesen in eine Industrielandschaft.

Gezeichnet:
Torsten Plitt

Sandra Dahlke Görs

Peggy Römer